

EINGEGANGEN 14. Juli 2010

20  
Wir sind  
Sachsen-Anhalt



SACHSEN-ANHALT

LANDESVERWALTUNGSAMT

Referat Abwasser

Landesverwaltungsamt · Postfach 20 02 56 · 06003 Halle (Saale)

Bund für Umwelt und Naturschutz  
Deutschland e.V.  
Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.  
Olvenstedter Straße 10  
39108 Magdeburg

MUH → OG  
→ NR

### Erweiterung der Kläranlage Weißenfels

Hier: Zwischennachricht zum Stand des Planfeststellungsverfahrens

Sehr geehrter Herr Wendenkamp,

Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 05. Juli 2010 möchte ich folgendes ausführen.

Mit dem Wirksamwerden des neuen Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) am 01. März 2010 wurde für den Abschnitt Abwasser eine Vollregelung des Bundes im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung eingeführt und damit die Regelungen des Wassergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt verdrängt.

Infolge fehlender Übergangsvorschriften für begonnene Verfahren wurde ab dem 01.03.2010 das nach § 155 WG LSA begonnene Planfeststellungsverfahren als Genehmigungsverfahren nach § 60 Abs. 3 WHG fortgeführt.

Danach besteht für die Errichtung, den Betrieb und die wesentliche Änderung einer Abwasserbehandlungsanlage, für die nach dem Gesetz über die UVP eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, eine Genehmigungspflicht.

Nach § 60 Abs. 3 Satz 2 WHG ist die Genehmigung zu versagen, wenn sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften dies erfordern.

Halle, 09. Jul. 2010

Ihr Zeichen: 05.07.2010

Mein Zeichen:  
405.6.7-62630-68-01-07

Bearbeitet von:  
Frau Pfund

Heike.Pfund@  
lwa.sachsen-anhalt.de

Tel.: (0345) 514-2816

Fax: (0345) 514-2798

Dienstgebäude:  
Dessauer Straße 70  
06118 Halle (Saale)

Hauptsitz:  
Ernst-Kamieth-Straße 2  
06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-0  
Fax: (0345) 514-1444  
Poststelle@  
lwa.sachsen-anhalt.de

Internet:  
www.landesverwaltungsamt.  
sachsen-anhalt.de

E-Mail-Adresse nur für  
formlose Mitteilungen  
ohne elektronische Signatur

LHK Sachsen-Anhalt  
Deutsche Bundesbank  
Filiale Magdeburg  
BLZ 810 000 00  
Konto 810 015 00

Die Prüfung der vorliegenden Unterlagen ergab, dass das Vorhaben aus bauplanungsrechtlicher Sicht nicht zulässig ist.

Mit Schreiben vom 18.05.2010 wurde dem Antragsteller ein ablehnender Bescheidentwurf zur Anhörung nach § 1 VwVfG LSA i.V.m § 28 VwVfG zugesandt. Der Bitte um Fristverlängerung bis zum 30.07.2010 wurde entsprochen.

Nach Prüfung der Stellungnahme ZAW Weißenfels zum Bescheidentwurf werden durch das Landesverwaltungsamt alle am Verfahren beteiligten Behörden und Verbände über die Ergebnisse der Anhörung in Kenntnis gesetzt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
Pfund